

Große Anfrage der Fraktion der CDU**Bahnlärm in Bremen: Ohren zu und durch?**

Laut einer Erhebung aus dem Jahr 2008 sind in Bremen über 118 000 Bremerinnen und Bremer von Bahnlärm betroffen. Hauptursachen für Bahnlärm sind Luftverwirbelungen bei hohen Geschwindigkeiten, Quietschgeräusche, verursacht durch Gleiskurven und Bremsanlagen, Rollgeräusche, die durch Berührungen durch Rad und Schiene entstehen und Motoren-, Lüfter- und Kompressorengeräusche. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bereitet derzeit einen entsprechenden Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vor, dass den Betrieb lauter Güterwagen ab dem Jahr 2020 auf dem deutschen Streckennetz verbieten soll. Zusätzlich widmet das BMVI dem Bahnlärm durch weitere Initiativen Aufmerksamkeit. Das Projekt „Plattform leise Bahnen“ beinhaltet u. a. ein bundesweit einheitliches Messkonzept, dass den Lärm durch Güterverkehr mithilfe von 15 Lärmmessstationen in den nächsten Jahren erfassen soll. Die Deutsche Bahn will den Schienenverkehrslärm bis 2020 gegenüber dem Jahr 2000 halbieren. Um das zu erreichen, werden einerseits Schallschutzwände errichtet, vermehrt Schallschutzfenster eingebaut und die Güterwagen auf Verbundstoffbremssohlen umgerüstet. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren für das Baurecht müssen „Schalltechnische Untersuchungen“ durchgeführt werden, die dann entscheiden, ob Schallschutzmaßnahmen durchgeführt werden oder nicht. Für diese Maßnahmen stellt das BMVI jährlich 150 Mio. € zur Verfügung.

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die gesundheitliche Belastung von Anwohnern durch Erschütterungsimmissionen und sekundären Luftschall durch den Bahnverkehr in Bremen?
2. Wie bewertet der Senat den aktuellen Lärmschutz in Bezug auf Bahnlärm in Bremen?
3. Inwiefern befürwortet der Senat Erschütterungsmessungen an Bahnstrecken, die durch Wohngebiete in Bremen führen?
4. Inwiefern befürwortet der Senat den Einbau besohlter Schwellen in Wohngebieten, um Erschütterungen und sekundären Luftschall zu dämpfen? Inwieweit hat sich der Senat auf Bundesebene dafür eingesetzt? Welche gesetzlichen Regelungen für den Einbau besohlter Schwellen gibt es? Werden diese vom Bund (ko-)finanziert?
5. Wie bewertet der Senat die bisherigen und geplanten Lärmschutzmaßnahmen an der Stolzenauer Straße? Wann sollen diese abgeschlossen sein? Welche Landes- und Bundesmittel stehen für die jeweiligen Maßnahmen zu Verfügung (bitte alle bisherigen [letzten zehn Jahre] und geplanten Lärmschutzmaßnahmen in Bremen separat auflisten, einschließlich Stolzenauer Straße, zuzüglich verursachter Kosten und Kostenträger)?
6. In welchem regelmäßigen Austausch steht der Bremer Senat mit der Deutschen Bahn und dem Bund bezüglich Lärmschutzmaßnahmen in Bremen? Zu welchen Ergebnissen haben diese in den letzten zehn Jahren geführt? Wann wird die Teilstelle des „Ansprechpartners für Bahnlärm“ beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wieder besetzt?

7. Wie bewertet der Senat den Gesetzentwurf zum Verbot lauter Güterwagen zum Fahrplanwechsel 2020/2021?
8. Wie viele Anwohner von Gleisanlagen sind in Bremen und Bremerhaven von Bahnlärm betroffen (bitte Stadtteile separat aufführen, auch die Taktung der durchfahrenden Züge)? Welche avisierten Bauprojekte des Senats und privater Investoren sind von Bahnlärm betroffen? Welche Berücksichtigung findet Bahnlärm bei Bebauungsplänen?
9. Inwieweit findet Bremen Berücksichtigung beim flächendeckenden Lärmmonitoring des Bundes? Welche konkreten Standorte für Messstellen zieht der Senat derzeit in Betracht? Wann und auf welcher Ebene hat der Senat dem Bund Wunschstandorte für Messstellen mitgeteilt? Welche konkreten Aussagen seitens des Bundes liegen diesbezüglich vor? Wann soll das Messkonzept abschließend vorliegen und die Messstationen eingerichtet werden? Welchen Informationsgewinn erhofft sich der Senat durch zukünftige Messstationen, und welche Konsequenzen werden diese auf baulicher und planerischer Ebene zukünftig haben?

Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU